

schen System als Ganzem gelassen hatte? (6) Kurzum, der Sturz Chruschtschows führte in Peking nicht zur Aufwertung Moskaus, sondern setzte den Schlußstrich unter die bisher ohnehin ganz negative Bilanz. Träfen diese Annahmen zu, so müßte man - im Gegensatz zu Majonica - davon ausgehen, daß Peking mit seinem "Berner Rückzieher" nicht etwa den Sowjets, sondern den Ostdeutschen entgegenkommen wollte.

- (1) Zum "Handelsabkommen zwischen dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft und dem China-Komitee zur Förderung des internationalen Handels" vom 27.9.1957 vgl. Verträge der VRChina mit anderen Staaten, Teil 3: Die nicht-kommunistischen Länder Europas und die Länder Amerikas (einschl. Kubas), bearb. im Institut für Asienkunde Hamburg, Bd.XII/3 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Frankfurt/M.-Berlin 1965 S.4-9 (4)
- (2) Einzelheiten zu den vier Gesprächen vgl. bei Ernst Majonica "Bonn-Peking, die Beziehungen der BRD zur VRCh", Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971 S.94-115
- (3) So C.a. Juni 72 S.29 ff.
- (4) Majonica, op. cit. S.112-115; noch nachdrücklicher in FAZ 5.3.71

Die politischen Konsequenzen dieser Analyse? Peking betrachtet seine Außenpolitik zu beiden deutschen Staaten zumindest seit 1964 nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck seiner Anti-Moskau-Politik. Bonn ist vor allem als Teil der EWG, Ostberlin als potentielles Mitglied einer antisowjetischen Vereinten Front in Osteuropa interessant. Nur eine deutsche Politik, die diesen Intentionen folgt oder sich ihnen wenigstens annähert, kann mit chinesischem Beifall rechnen. we

- (5) Vgl. z.B. den Vorspann zu Uwe G. Fabritzek "Deutschland in der Außenpolitik Chinas", Außenpolitik 1972 S.30-39 (30), der im Text allerdings nicht in dieser Eindeutigkeit wiederholt wird. Dort heißt es, daß "Peking zwar eine Zwei-China-Politik ablehnt, aber eine Zwei-Deutschland-Politik befürwortet hat."
- (6) Die neun Kommentare, die zwischen dem 6.12.63 und dem 14.7.1964 geschrieben wurden, waren eine Antwort auf den Vorschlag des ZK der KPdSU "Zur Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung" vom 30.3.1963. In diesen Kommentaren, die die bisher systematischste Auseinandersetzung mit dem Sowjetsystem darstellen, wurden sämtliche Bereiche der sowjetischen Innen- und Außenpolitik kritisch unter die Lupe genommen.

### SCHRÖDER AUF DER CHINESISCHEN MAUER

Das deutsche Publikum hat in diesem Jahr vor dem Fernseher, in der Zeitung sowie am Rundfunk anhand der ausführlichen Berichte von zwei Reisen einen "intensiven Kurs für China-kunde" erhalten. Es waren die China-Reise Nixons im letzten Februar und die von Gerhard Schröder im Berichtsmontat Juli. Beide trugen mangels offizieller zwischenstaatlicher Beziehungen zu Peking zwar rein formell privaten Charakter, doch sind ihre politischen Auswirkungen ungewöhnlich weitreichend. Nixons Besuch in China hat die internationale Machtkonstellation in Ostasien fast völlig verändert, und alles deutet darauf hin, daß auch Schröders Reise ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Bonn und Peking einleiten kann.

Schröders Reise erfolgte auf Einladung des "Chinesischen Volksinstituts für Außenpolitische Angelegenheiten", einer halbamtlichen Institution, die sich hauptsächlich die Förderung der Beziehungen Chinas zu den Staaten ohne diplomatische Verbindung zu Peking zur Aufgabe gemacht hat. Auf deutscher Seite hatte die Bundesregierung anfangs die Absicht, der Mission Schröders den Anstrich einer Reise eines führenden Oppositionspolitikers zu geben.

Zwar hat sich Schröder vor Antritt seines Besuchs in China mit Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel beraten, doch bemühte sich der Sprecher des Auswärtigen Amtes, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu verwischen, daß der CDU-Exaußenminister mit einem Regierungsauftrag betraut worden sei. (1) Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß Schröder als erster prominenter Politiker der Bundesrepublik eine Reise nach China gemacht hat. Das Interesse der Öffentlichkeit zeigte sich besonders dadurch, daß fast alle großen deutschen Zeitungen und die Fernsehanstalten Korrespondenten zur Begleitung Schröders nach China entsandt haben.

Schröder und seine Begleitung trafen am 15. Juli von Bonn kommend über Paris und Shanghai in Peking ein. Noch am gleichen Tag führte er schon das erste Gespräch mit Ch'iao Kuan-hua, dem regsamsten der Stellvertretenden Außenminister Chinas. Der 60-jährige Ch'iao hat vor dem Zweiten Weltkrieg in Tübingen promoviert und leitete im vergangenen Jahr die erste Delegation Pekings bei der UNO-Generalversammlung. Der Korrespondent der FAZ, Harry Hamm, bezeichnet in einem Be-

richt aus Peking Ch'iao nicht nur als den engsten Vertrauten Chou En-lais, sondern meint auch, er sei "der eigentliche Gestalter der modernen chinesischen Außenpolitik schlechthin" (2).

Noch mehrere Unterredungen zwischen Schröder und Ch'iao wurden in den folgenden fünf Tagen abgehalten. Beteiligt war daran u.a. auch der Leiter der Abteilung für Nordamerika, Westeuropa und Australien im chinesischen Außenministerium, Chang Wen-chin. Den Höhepunkt der Gespräche Schröders in Peking bildeten zwei Begegnungen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai am 19. Juli. Bemerkenswert ist, daß Schröder auch in die bislang für Europäer kaum zugänglichen nordostchinesischen Provinzen (die Mandschurei) eine einwöchige Reise hat machen können. Der am weitesten entfernte Punkt seiner Reise war die Doppelhafenstadt Lü ta (Port Arthur und Dairen), die bis 1955 noch als Militärstützpunkt unter sowjetischer Kontrolle stand.

Am 25. Juli erlebten Schröder und die 16 deutschen Journalisten in Nanking am Yangtzejiang eine militärische Übung, wie sie bisher - so der Korrespondent der dpa, Hans-Joachim Bargmann - noch nicht allzu häufig ausländischen Besuchern gezeigt worden ist (3). Am 28. Juli schloß Schröder seinen China-Besuch in Shanghai ab.

Die Gespräche zwischen Schröder und den chinesischen Führern wurden als sehr freimütig bezeichnet. Thematisch wurden dabei umfangreiche internationale Problemkreise berührt, wie z.B. die Entwicklung der EWG, die europäische Sicherheitskonferenz, das Verhältnis China - USA, Pekings Europapolitik usw. Den Kernpunkt der Diskussion bildete aber die Frage der Beziehungen zwischen Bonn und Peking. Obwohl die Details der Gespräche noch geheim geblieben sind, läßt sich Schröders Erfolg in Peking schon an der freundlichen Atmosphäre zwischen den Gesprächspartnern ablesen. Bereits nach der ersten Begegnung zwischen Schröder und Ch'iao charakterisierte ein rheinischer Journalist die Situation mit dem Ausspruch: "Noch eine Stunde und wir haben eine Botschaft in Peking" (4). Der Empfang, den Chou En-lai für den deutschen Gast gab, stand eigentlich nicht im Protokoll. Schröder sagte danach zu den Journalisten, daß für ihn als deutschen Politiker die Unterhaltung mit Chou "besonders beziehungsreich" gewesen sei. Während der dreieinhalbstündigen Besprechung sei sogar auch über die Kanalisierung der Mosel, die Verschmutzung des Rheins sowie ein Bad im Berliner Wannsee gesprochen worden. Sehr beeindruckt zeigte sich Schröder von der ausgezeichneten Detailkenntnis des chinesischen Mini-

sterpräsidenten, der ja Anfang der zwanziger Jahre auch in Deutschland studiert hat, im Zusammenhang mit europäischen und deutschen Problemen (5).

Im weiteren Verlauf seines Besuches schien Schröder eher Gast der chinesischen Regierung als des ursprünglichen Gastgebers, des "Volksinstituts für Außenpolitische Angelegenheiten", zu sein. Nicht nur deshalb, weil seine wichtigsten Gesprächspartner in Peking die führenden Politiker Chinas waren, sondern auch, weil er von den Chinesen praktisch wie ein Staatsbesucher behandelt wurde. Die chinesische Regierung hat ihm für die Informationsreise durch das Land sogar eine Sondermaschine zur Verfügung gestellt. Außerdem betrachteten die Chinesen Schröder vor allem als Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages und nicht so sehr als stellvertretenden CDU-Parteivorsitzenden. Auch Schröder stellte in Peking die überparteiliche Mission seiner Reise nach China heraus. Bei der Begrüßung der deutschen Gäste lobte Chou En-lai Schröder wegen seiner Exkursion auf die Große Mauer am Vortage: Der Bonner Politiker sei noch höher geklettert als Präsident Nixon und weiter gegangen als der französische Außenminister Schumann (6). Sollte diese Randbemerkung Chous eine Anspielung auf Schröders Reiseergebnis sein ?

Zwei Tage vor seiner Rückreise äußerte sich Schröder in Shanghai, der letzten Station seines China-Besuches, daß er den Weg schon kenne, "der zur Aufnahme amtlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China führt" (7). Schon vorher, nämlich kurz nach seiner Besprechung mit Chou En-lai am 20. Juli, hatte Schröder erklärt, daß Peking keinerlei Vorbedingungen für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn gestellt habe (8). Am 22. Juli sagte Staatssekretär Ahlers laut AFP in einem Interview mit dem Südwestfunk zu Schröders China-Besuch ebenfalls wörtlich: "Der Bundeskanzler hat die Reise von Gerhard Schröder von Anfang an befürwortet und unterstützt und ihm auch entsprechende Hinweise für seine Gesprächsführung gegeben" (9). Hier zeigte sich deutlich eine Annäherung.

Aber der Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking ist keineswegs, wie allgemein behauptet wird, ohne Hindernisse oder Widerstände. Bei den Schwierigkeiten handelt es sich vor allen Dingen um die "Taiwan-Klausel" Pekings und die "Westberlin-Klausel" Bonns. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen

der Volksrepublik China und Kanada am 13. Oktober 1970 hat Peking gegenüber allen Staaten (mit Ausnahme zweier lateinamerikanischer Staaten - Mexico und Guyana) in allen gemeinsamen Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Formel seiner Alleinvertretung für das ganze China (d.h. also die Anerkennung Pekings als "einzige rechtmäßige Regierung Chinas") bzw. seines Rechtsanspruchs auf Taiwan (d.h. also die Kenntnisnahme der Pekinger Erklärung, daß "Taiwan ein untrennbarer Teil des Territoriums der Volksrepublik China ist") zum Ausdruck gebracht. Besonders streng ist der Standpunkt der VRCh gegenüber den europäischen Ländern, wo jede Änderung der Verhältnisse weltpolitisch und völkerrechtlich größere Auswirkungen nach sich ziehen könnte und wo Peking überdies außenpolitisch längst festen Fuß gefaßt hat. Selbst Island und Österreich mußten Pekings Forderungen nachkommen, obwohl beide Länder niemals Beziehungen zu Taipei gehabt hatten, und auch bei der Anhebung seiner diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien und den Niederlanden von der Geschäftsträger- auf die Botschaftebene hat Peking seinen Wunsch nach Aufnahme der Taiwan-Formel durchgesetzt. Die Bundesrepublik könnte zwar, weil sie keine Beziehungen zur Regierung in Taipei unterhält, wie andere Länder auf Pekings Erwartungen eingehen, möchte aber ihrerseits in alle Abmachungen mit kommunistischen Staaten eine "Westberlin-Klausel" einfügen, d.h. also eine Formel über die Anerkennung des Vertretungsrechts Bonns für Westberlin. Schon die ersten offiziellen Verhandlungen über ein Handelsabkommen in Bern im Jahre 1964 scheiterten direkt an der Verknüpfung der Westberlin-Klausel mit dem Taiwan-Problem. Peking befürchtete damals, durch eine Annahme des Status quo von Westberlin über den Kopf der DDR hinweg einen Präzedenzfall zu schaffen, der seinen Rechtsanspruch auf Taiwan gefährden könnte (10). Die neue Situation nach der Ratifizierung der Ostverträge dürfte den Chinesen helfen, ihre Bedenken zu vermindern. Jedoch will Bonn die neu festgelegte Rechtsposition von Westberlin eher als Folge des Berlin-Abkommens der vier Mächte sehen denn als Folge der innerdeutschen Abmachungen mit der DDR. Dagegen könnte sich Peking angelegen sein lassen, die kausalen Zusammenhänge gerade umgekehrt zu verstehen, weil es die Probleme aller geteilten Staaten für nationale Angelegenheiten hält und sich in seiner Außenpolitik überdies noch prinzipiell gegen den Einfluß der Supermächte richtet. So hat die chinesische Presse früher zwar die Unterzeichnung der Ostverträge angegriffen, die

Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR um Berlin jedoch ganz verschont. Es war auch nicht ohne Grund, daß sich die chinesischen Führer bei den Gesprächen mit Schröder besonders für die Berlin-Regelung der beiden deutschen Staaten interessierten (11). Wenn Bonn jetzt bei der Normalisierung seiner Beziehungen zu den kleinen osteuropäischen Staaten wegen der Westberlin-Klausel trotz des Berlin-Abkommens immer noch auf Schwierigkeiten stößt (12) dürfte es noch schwieriger sein, Peking dazu zu bringen, das Berlin-Abkommen als verbindlich anzusehen. In eventuellen neuen Verhandlungen zwischen Bonn und Peking bleiben daher die Westberlin- und Taiwan-Klausel nach wie vor ein wunder Punkt. Um diesen zu überwinden, braucht man wahrscheinlich noch einige Zeit.

Ein anderer Faktor, der eine Annäherung Bonns an Peking weiter - wenn auch kurzfristig - verzögern könnte, ist die Meinungsverschiedenheit zwischen der Bundesregierung und der Opposition über den Stellenwert der Chinapolitik. Die Chinapolitik der Union geht von dem Grundgedanken eines Schachspielers aus, daß nämlich durch China die sowjetische Macht in Europa geschwächt werden könnte. Dagegen legt die Koalition in der Regierung im Interesse des Friedens in Europa Wert auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Moskau. Die Auseinandersetzungen haben sich während der Ratifizierungsdebatte der Ostverträge ganz deutlich gezeigt. Im Zusammenhang mit einer Bemerkung, die Bundeskanzler Brandt damals in der Debatte machte, daß er (Schröder) auch an der Chinesischen Mauer nicht die Schlüssel zur Wiedervereinigung Deutschlands finden werde, sagte Schröder in einem ZDF-Interview am 17. Juli, auf der Großen Mauer nördlich von Peking stehend: "Das Recht auf Einheit ist das höchstpersönliche Recht der Deutschen. Wenn dieser Schlüssel dazu verlorengegangen ist, dann ist er in Deutschland verlorengegangen". Die osteuropäische Presse hat Schröders Reise in scharfer Form angegriffen (s. Übersicht). Wird auch die sowjetische Regierung intervenieren, um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Peking zu verhindern? Oder will die Koalitionsregierung von sich aus eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der chinesischen Volksrepublik wegen der noch nicht völlig durchgeführten Ostpolitik bis zu einem Zeitpunkt nach den bevorstehenden Neuwahlen verschieben? ni

- (1) S. Die Welt 12.7.72 u. FAZ 13.7.72
- (2) "Roter Teppich für Gerhard Schröder", FAZ 17.7.72
- (3) "Chinesen imponieren Schröder mit Drill und Schießergebnissen", Die Welt 26.7.72
- (4) Anm. 2
- (5) "Schröder reist heute nach Nordchina", FAZ 21.7.72
- (6) Die Welt 20.7.72
- (7) dpa-Meldung aus Peking 26.7.72
- (8) Die Welt und FAZ 21.7.72
- (9) dpa 23.7.72 und FAZ 24.7.72
- (10) Die Verhärtung des Pekinger Standpunkts in der Taiwan-Frage läßt sich aus der erfolgreichen Ex-

plosion der ersten chinesischen Atombombe am 16. Oktober 1964 erklären, die sich eine Woche vor dem Abbruch der Verhandlungen in Bern ereignete. Davor hat Peking anderen Ländern bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen keine Taiwan-Formel im gemeinsamen Kommuniqué aufgezwungen. Seitdem ist Peking bei dieser Frage sehr hart geworden. S. dazu "Neue Perspektiven in den Beziehungen zwischen Bonn und Peking", C.a. Juni 72 S.29 ff.

- (11) Vgl. Die Welt 25.7.72
- (12) "Wie weit gilt das Berlin-Abkommen für Moskaus Verbündete?" FAZ 24.7.72; "Normalisierung Bonn-Warschau zunehmend schwieriger", FAZ 26.7.72

### FRANKREICHS AUSSENMINISTER IN PEKING

Der Schatten de Gaulles lag über dem China-Besuch des französischen Außenministers. De Gaulle war es gewesen, der eine neue französische Asienpolitik nach dem Desaster des ersten Indochinakrieges konzipiert hatte. Durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik im Januar 1964 und de Gaulles gegen das US-Engagement in Indochina gerichteten Kurs waren die beiden Schwerpunkte des neuerlichen asiatischen Interesses der V. Republik gesetzt worden.

Bei dem als unerwarteter Höhepunkt des Besuches gewerteten Empfang Schumanns in Mao Tse-tungs privatem Quartier Chung-nan-hai soll der Vorsitzende angemerkt haben: "Ich kann nicht alle Außenminister empfangen, die China besuchen, sondern nur die Staatsoberhäupter. Doch bei Ihnen, Herr Schumann, ist das etwas anderes. Sie sind nicht lediglich Außenminister, Sie sind ein Minister aus Frankreich" (1).

Darin spiegelt sich zweifellos chinesische Anerkennung für Frankreichs unabhängige Politik während des zurückliegenden Jahrzehnts in Asien und Europa - gegenüber den USA wie im Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten. Mao Tse-tung wiederholte im Gespräch mit dem ganz als Sachwalter de Gaulles auftretenden Schumann ausdrücklich sein Bedauern, daß das Zusammentreffen in Peking mit dem Architekten dieser Politik, das auf den 18. Juni 1971 angesetzt war, durch den Tod des Generals hinfällig geworden sei (2).

Im Kalkül der chinesischen Führung mag Frankreich heute als Garant eines unabhängigen, den russischen Expansionsdrang abblockenden Europa fungieren, das Kräfte an der sowjetischen Westflanke bindet, welche sonst an der sino-sowjetischen Grenze verstärkten Druck auf die VRCh ausüben könnten. Französische Beobach-

ter fragen sich jedoch, ob Entgegenkommen und Wohlverhalten Frankreichs gegenüber der Volksrepublik sich seit 1964 auszahlte. Denn weder die wirtschaftlichen noch die diplomatischen Kontakte haben greifbare Ergebnisse gebracht, die für die Franzosen z.B. im Vergleich mit der BRD oder Großbritannien auf der Haben- und der Bucheite zu Buche schlugen (3).

Bei den sehr konstruktiven Gesprächen in Peking werden solche Töne allerdings kaum angeklungen sein. An erster Stelle der weltpolitischen Themenskala stand die Entwicklung auf der indochinesischen Halbinsel sowie die Mittelmeer- und Nahostpolitik. Ausgangspunkt der Diskussionen mit Premierminister Chou En-lai, Außenminister Chi P'eng-fei und Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo war auf französischer Seite die Betonung von "breiten Zonen der Konvergenz", Chi beschwor trotz verschiedenartiger Gesellschaftssysteme Chinas und Frankreichs und einer "nicht ganz übereinstimmenden Außenpolitik" den Geist der gegenseitigen Achtung auf der Grundlage der fünf Prinzipien und der Koordinierung der Anstrengungen auf allen Sektoren internationaler Aktivitäten, auf denen dies möglich sei (4).

Die Stellungnahmen zum Vietnamkrieg lagen nicht allzu weit auseinander: Während Schumann in den Besprechungen die Notwendigkeit einer dauerhaften politischen Lösung hervorhob und die Chinesen auf einer militärischen plus Verhandlungslösung bestanden, war die Übereinstimmung in der Konzeption einer neuen Koalitionsregierung in Saigon gegeben. Dieser Vorschlag, hinter dem die Südvietnamesische Befreiungsfront, Hanoi, Peking und Moskau stehen, strebt eine Dreiverbindung im Süden aus Revolutionären, Angehörigen der gegenwärtigen Saigoner Regierung und anderen politischen Randkräften an (5). Gemeinsamer Berührungspunkt in